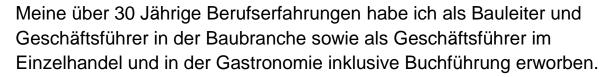
## Bewerbung für den Landesvorstand DIE LINKE. – Bremen

## **Reinald Last**

## Über mich:

Ich bin 1951 in Berlin geboren und lebe seit 2003 in Bremen.





Mitbegründer des Vereins und der Partei WASG in Bremen.

Bundesparteitagsdelegierter beim Gründungsparteitag der Partei "DIE LINKE"

Ich habe mich vehement für die Fusion der Linkspartei und der WASG eingesetzt, da ich überzeugt bin, dass nur eine vereinte Linke auf Dauer Bestand und Erfolg haben kann.

Neben meiner Tätigkeit im Landesratspräsidium, bin ich Sprecher der LAG Grundeinkommen, Mitglied in der LAG Beistand und Beratung sowie bei der BAG / LAG Rote Reporter.

Im Bürgerschaftswahlkampf 2007 war ich als Wahlkampfleiter sowie als Bürgerschaftskandidat aktiv beteiligt.



## Warum kandidiere ich:

Wichtig ist für mich

- > eine kollektive und gleichberechtige Arbeit im Landesvorstand
- ➤ die konsequente Umsetzung von Parteitagsbeschlüssen
- > eine gute und konstruktive Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden
- > gemeinsam politische Perspektiven zu entwickeln und umzusetzen
- > unsere Partei noch stärker in das öffentliche Bewusstsein zu rücken
- > den Menschen im Land unsere politischen Ziele nahe zu bringen
- > eine echte Alternative zur herrschenden Politik anzubieten

Wir müssen in den nächsten Wochen und Monaten unseren Beitrag leisten, die Europawahlen und Bundestagswahlen im Wahljahr 2009 zu einem Erfolg für linke, demokratisch sozialistische Politik werden zu lassen.

Grundlegend bleibt die Verankerung und Stärkung unsere Partei in den Kommunen und Betrieben sowie die Stärkung des außerparlamentarischen Widerstands.

Nie in den letzten Jahrzehnten hatten unsere linken, Positionen eine derartig große Zustimmung bei den Menschen im Westen dieser Republik.

Aber Hartz IV und Kriegseinsätze sind wirkungsmächtig, die Rente mit 67 ist beschlossen und ein Mindestlohn fehlt.

Jetzt gilt es: Wir müssen unsere Standpunkte insbesondere bei Hartz IV, in der Renten- Bildungs- Familien- und Migrationspolitik klar und deutlich machen.

Die Unterstützung der Arbeitsfähigkeit von Landesarbeitsgemeinschaften durch Mitarbeit und auch die Übernahme von Verantwortlichkeit von Landesvorstandsmitgliedern bleibt eine wichtige Aufgabe des neuen Vorstands.

Regelmäßige Zusammenarbeit mit dem Forum Linke Kommunalpolitik und dem Rosa-Luxemburg-Bildungswerk und den Jugendstrukturen sollte für den Landesvorstand selbstverständlich sein.

Die innerparteiliche Bildungsarbeit gilt es zu intensivieren. Wir müssen eine gute Öffentlichkeits- und Pressearbeit machen, publikumswirksame Aktionen entwickeln und auf den Marktplätzen präsent sein.

Ein offener, fairer und solidarischer Umgang sollte innerhalb der

Partei selbstverständlich sein. Wir sollten uns immer klar machen:

Unsere Gegner befinden sich außerhalb der Partei.

Ich unterstütze die innerparteiliche Demokratie von "unten" nach "oben" und nicht andersherum!

Doch unsere Erfolge können nicht darüber hinwegtäuschen, dass selbst Teile unseres bundespolitischen Sofortprogramms in Teilen der Partei mit dem Argument »populistisch« und »unfinanzierbar« umstritten sind. Obwohl der Vorsitzende Oskar Lafontaine auf dem Bundesparteitag mit seiner These »Nur wer eine Antwort auf den finanzmarktgetriebenen Kapitalismus hat, hat ein ernst zu nehmendes, modernes Programm«, wichtige Impulse gegeben hat, kommt die politisch-programmatische Diskussion nicht vom Fleck. Das müssen wir ändern. Auch in Bremen müssen wir die Diskussion hierzu führen.

Ich will nicht verschweigen, dass ich in den vergangenen Monaten oft unzufrieden mit der Arbeitsweise des Landesvorstandes war. Mir fehlte eine klare Strukturierung der Arbeit und damit auch eine Teilung der Verantwortung.

Der Umgang (Nicht Umsetzung) von Landesparteitagsbeschlüssen,-Kreismitgliederbeschlüssen, ja selbst mit den eigenen Vorstandsbeschlüssen, sowie die Nichtbehandlung von Anträgen ist nicht hinnehmbar.

Die anfänglich schwierige Zeit im alten Landesvorstand muss dem neuen eine Mahnung sein, sich ausschließlich auf die inhaltliche und organisatorische Arbeit im Rahmen der Satzung sowie der Parteitagsbeschlüsse zu konzentrieren.

Die Pluralität in der Diskussion ist wesentlich.